Juni 2022

LEUCHTTURM

Seite 1:
Gericht kippt illegale Corona-Hotspot-Regel in MV nach Klage der AfD

Seite 2:
Klimastiftung MV: Wurde die Landesregierung fremdgesteuert?

Seite 3:
Illegale Einreisen: 850 Asylanträge im ersten Quartal 2022

Seite 4:
AfD-Kulturpolitiker verabschieden gemeinsame Resolution zum Krieg in der Ukraine

Gericht kippt illegale Corona-Hotspot-Regel in MV nach Klage der AfD

Das Oberverwaltungsgericht kippte am 22. April die vom Landtag kurz vorher beschlossene Hotspot-Regel. Gegen den Landtagsbeschluss hatte die AfD-Landtagsfraktion geklagt. Gesundheitsministerin Stefanie Drese (SPD) erklärte, man werde die Gerichtsentscheidung akzeptieren.

Das Gericht gab einem einstweiligen Rechtsschutzantrag der AfD in wichtigen Punkten statt. Die außer Vollzug gesetzten Schutzmaßnahmen betreffen laut OVG insbesondere das Abstandsgebot und die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske oder Atemschutzmaske. Die AfD-Landtagsfraktion bezeichnete die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts als Niederlage für Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD).

„Ein großer Erfolg! Die Corona-Hotspot-Regelung ist rechtswidrig. Eine weitere Schlappe für die Landesregierung und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer. Er sprach von einem „Verbotswahn“ der Landesregierung. „Opposition kann viel bewegen, das zeigt auch der heutige Tag“, so Kramer nach Bekanntwerden des Gerichtsurteils.

Ohne den Landtagsbeschluss wären die meisten Schutzmaßnahmen gemäß Bundesinfektionsschutzgesetz Anfang April ausgelaufen. In den meisten Bundesländern war das auch so. Die Landesregierung hierzulande hatte Mecklenburg-Vorpommern jedoch komplett zu einem Corona-Hotspot erklärt.

GESETZENTWURF ZUR STÄRKUNG DER ELEMENTARBILDUNG ABGELEHNT

Beinahe 20 Prozent aller Viertklässler können gemäß einer Iglu-Studie aus dem Jahr 2016 nicht so lesen, dass sie den Text bei der Lektüre verstehen. Ein von der AfD-Fraktion in den Landtag eingebrachter Gesetzentwurf sollte das nun ändern und die Elementarbildung in der Grundschule stärken: Auf Lesen, Schreiben und Rechnen sowie erste naturwissenschaftliche Orientierungen muss der Fokus im Unterricht gelegt werden.

Für die AfD stehen sichere und anwendungsbereite Fähigkeiten und Fertigkeiten im Vordergrund, sagte der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Enrico Schult. „Diese zu sichern ist vor allem anderen oberste Pflicht redlicher schulischer Arbeit und Aufgabe einer verantwortungsvollen Landes-Schulpolitik“, so Schult weiter. Der Gesetzentwurf wurde von den anderen Parteien aber mehrheitlich abgelehnt.

BOYKOTT VON RUSSISCHEM GAS WÜRDE ENERGIEKOSTEN WEITER IN DIE HÖHE TREIBEN

Die von der Bundesregierung geplante Unabhängigkeit von russischem Gas könnte die Bürger und die Wirtschaft teuer zu stehen kommen. Deutschland hat sogenannte Take-or-Pay-Verträge geschlossen – vertragliche Mindestabnahmemengen russischen Gases zu günstigen Preisen über viele Jahre. Wird die vereinbarte Menge aber nicht abgenommen, muss Deutschland trotzdem dafür zahlen. Russland selbst würde von einer Nichtabnahme deshalb sogar noch profitieren, da er das Gas doppelt verkaufen kann.

„Die Folgen eines Boykotts treffen in erster Linie den deutschen Steuerzahler, welcher dann über 140 Milliarden für Nichts berappen darf und gleichzeitig um die Wirtschaftsfähigkeit bangen muss. Es kann nicht ernsthaft im Interesse der Bürger sein, die deutsche Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, nur um sich moralisch auf der richtigen Seite zu wähnen“, kommentierte Petra Federau, energiepolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern.

„Wenn Deutschland unabhängig von russischem Gas werden will, dann bitte nicht auf Kosten der Energiesicherheit, nicht zulasten der Bürger und der Wirtschaft und erst recht nicht kopflos und ohne langfristig sichere Alternativen“, so Federau.

WIRD DIE TRANSFERGESELLSCHAFT DER INSOLVENTEN MV-WERFTEN VERLÄNGERT?

Es gibt immer mehr Forderungen, dass die Transfergesellschaft der insolventen MV-Werften über den 30. Juni hinaus verlängert werden muss. Dabei geht es um die Gewissheit für die Beschäftigten über ihre berufliche Zukunft. Das Halten der Fachkräfte in der Region ist gerade auch deshalb wichtig, weil sie unverzichtbar sind, wenn die Standorte in Zukunft wieder den Betrieb aufnehmen sollen.

„Ohne Fachkräfte kann es keinen Schiffbau in Mecklenburg-Vorpommern geben“, sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, Michael Meister, mit Blick auf die Transfergesellschaft. „Soziale Verantwortung und ein vernünftiger Umgang mit den existenziellen Sorgen unserer Bürger sieht anders aus. Es ist gut, dass der Druck auf die Landesregierung steigt, die Transfergesellschaft zu verlängern“, so Meister weiter.

KLIMASTIFTUNG MV: WURDE DIE LANDESREGIERUNG FREMDGESTEUERT?

Die Hintergründe der umstrittenen, maßgeblich mit russischem Geld finanzierten Klimaschutzstiftung Mecklenburg-Vorpommern sollen parlamentarisch aufgearbeitet werden. In einem Untersuchungsausschuss wird unter anderem das Verhalten der Landesregierung bezüglich Nord Stream 2 und der Errichtung der Stiftung aufgeklärt werden. Konkret geht es um die Frage, ob die Landesregierung nur die Marionette eines Wirtschaftsunternehmens war.

„Den Protagonisten, Gönnern und Schöpfern der Stiftung war nachweislich von Anfang an klar, was hinter den Kulissen läuft. SPD, CDU und Linke haben den Ausverkauf demokratischer Werte zu verantworten“, kommentierte der AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer die Vorgänge. „Es geht nun aber nicht um die Gründung an sich, sondern um etwas ganz anderes. Es geht um die Frage, ob die Landesregierung bei der Gründung der Stiftung nur ausführendes Organ eines privatwirtschaftlichen Unternehmens war. Sollte sich das bewahrheiten, wäre ein solch intransparentes Vorgehen einer Demokratie unwürdig und erinnert eher an die Seilschaften in einer Bananenrepublik“, so Kramer weiter.

ILLEGALE EINREISEN: 850 ASYLANTRÄGE IM ERSTEN QUARTAL 2022

Laut Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion wurden im ersten Quartal des laufenden Jahres 850 Asylanträge in Mecklenburg-Vorpommern gestellt. Ukrainische Staatsangehörige sind in diesen Zahlen nicht mitgerechnet, da sie aufgrund eines Sonderabkommens visafreien Zugang für drei Monate haben.

Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion, im Landtag, Jan-Phillip Tadsen, zeigte sich besorgt. „Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Zahl der Asylantragssteller in den ersten drei Monaten um mehr als 65 Prozent angestiegen. Die Herkunftsstaaten sind meist Afghanistan, Irak und Syrien – also kulturelle Räume mit schwieriger Integrationsprognose. Angesichts der enormen Herausforderung bei der Versorgung ukrainischer Flüchtlinge sollte Herr Pegel endlich den Weg der Vernunft einschlagen und die Verhinderung illegaler Einreisen unterstützen“, sagte Tadsen.

LANDESPFLEGEGELD ALS MÖGLICHE ENTLASTUNG FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Einem Bericht der VdK zufolge belastet die häusliche Pflege immer mehr Angehörige sowohl finanziell wie auch psychisch und sozial. Im aktuellen Bericht der BARMER werden bis 2030 etwa 119.000 Pflegebedürftige in Mecklenburg-Vorpommern erwartet. Stand 2019 gibt es 6.405 Pflegebedürftige je 100.00 Einwohner – der bundesweit höchste Wert.

Die Folge: Viele Menschen können keine Angehörigen zu Hause pflegen, weil sie sich die Lohneinbußen bei einer Stundenreduzierung in ihrer Erwerbstätigkeit nicht leisten und die Doppelbelastung bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht bewältigen können. Hier kann ein Landespflegegeld, wie es von der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag gefordert wird, Abhilfe schaffen.

„Der Pflegenotstand fiel nicht aus heiterem Himmel. Der demographische Wandel war abzusehen und dem schlechten Ruf der Pflegearbeit hätte man schon seit Jahren etwas entgegensetzen müssen“, kritisiert Thomas de Jesus Fernandes, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. „Die jetzige Situation ist ein Schlag ins Gesicht jener, die Jahrzehnte gearbeitet haben und jetzt darum bangen müssen, einen Lebensabend in Würde und helfenden Händen verbringen zu dürfen“, wettert de Jesus Fernandes.

Das Landespflegegeld wäre der Vorschlag der AfD, um dem Problem zu begegnen. Demnach würden Angehörige gestaffelt nach Pflegegrad mit bis zu 300 Euro monatlich unterstützt werden.

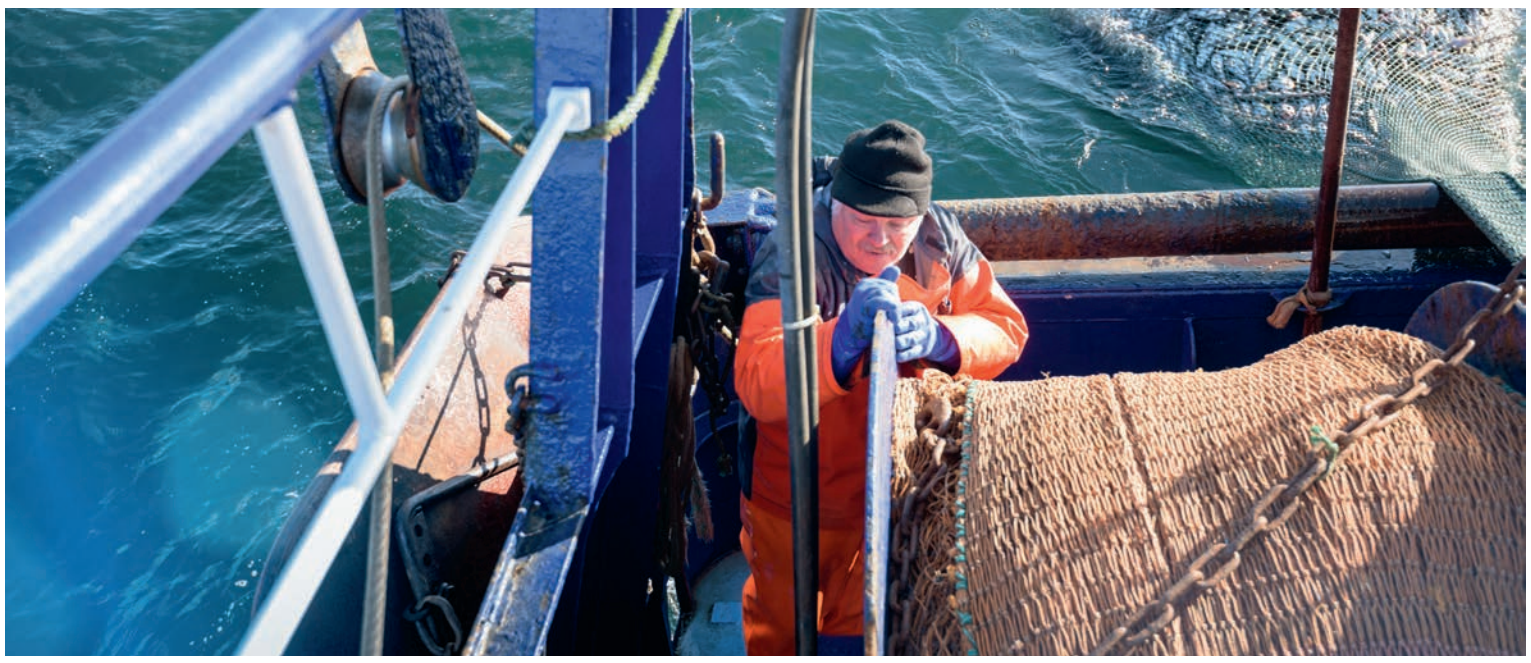
Die Landesregierung aus SPD und DIE LINKE hat solche Pläne abgelehnt. „Wir werden am Ball bleiben“, versichert de Jesus Fernandes.

OBERVERWALTUNGSGERICHT GREIFSWALD STOPPT BEBAUUNGSPLAN FÜR BORNER HOLM

Das Oberverwaltungsgericht in Greifswald hat im Mai den Bebauungsplan des Borner Holms auf dem Darß für unzulässig erklärt. Schon beeinträchtigte Schutzgebiete sollten nicht noch mehr belastet werden.

Der von der Gemeinde im Oktober 2020 gestellte Antrag auf Herausnahme des Planungsgebietes aus dem Landschaftsschutzgebiet „Boddenlandschaft“ sollte die Bebauung des Borner Holms mit 54 Ferienhäusern sowie einem Hotelkomplex mit 80 Betten auf einer Fläche von rund acht Hektar ermöglichen.

Erfreut über das Urteil zeigte sich der tierschutzpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Jens-Holger Schneider. „Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung, dem Tierschutz hier den Vorrang zu geben. Der Darß ist bereits in weiten Teilen vom Menschen erschlossen worden. Auch in diesen Regionen muss es daher eine Chance für Flora und Fauna geben, wachsen und gedeihen zu können“ so Schneider.



LANDWIRTSCHAFTSMINISTER BACKHAUS WILL FISCHEREIBETRIEBE STILLLEGEN

Die Fischerei leidet derzeit stark unter der Fangquotenregelung bei Dorsch und Hering. Die EU-Minister hatten die deutsche Quote für den westlichen Hering um weitere 50 Prozent reduziert, die für den westlichen Dorsch um 88 Prozent. Laut Landwirtschaftsminister Backhaus (SPD) soll nun eine Arbeitsgruppe Vorkehrungen treffen, um die zeitweilige und endgültige Stilllegung effektiv umsetzen zu können.

Das sorgt für Fassungslosigkeit bei der AfD-Fraktion. „Anstelle einer Stilllege- oder Abwrackprämie wollen wir lieber die Betriebsübergabe an die nächste Generation unterstützen“, sagte der fischereipolitische Sprecher der AfD-Fraktion Paul Timm.

„Unsere Forderungen sind klar: ein wissenschaftlicher Forschungsauftrag zur Ermittlung der periodischen Schwankung der Fischbestände in der Ostsee, Entbürokratisierung der kleinen Küstenfischerei, etwa durch Abschaffung der Logbuchpflicht, Ausweitung der Kormoranverordnung, ein Ende des EU-Chaos mit realitätsfremden Fangquoten und die Etablierung von Fischmärkten für die lokale Vermarktung“, fasste Timm die Position der AfD-Fraktion zu diesem Thema zusammen.

Viele Fischer dürften das auch etwas anders sehen als die Landesregierung. Als im vergangenen Oktober bekannt wurde, dass sich der Kutter- und Küstenfischerverband in Mecklenburg-Vorpommern auflösen wird, äußerte sich die damalige Vorsitzende Ilona Schreiber sehr enttäuscht von der Regierung.

Wir fühlen uns ziemlich alleingelassen von der Politik des Landes”, sagte sie damals.

AFD-KULTURPOLITIKER VERABSCHIEDEN GEMEINSAME RESOLUTION ZUM KRIEG IN DER UKRAINE

Der Krieg in der Ukraine hat auch kulturelle Auswirkungen, die aber häufig weniger Beachtung finden. Die Kulturpolitiker der AfD-Fraktionen aus Bund und Ländern haben deshalb im April eine gemeinsame Resolution verabschiedet. Darin verurteilen sie den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands und die damit einhergehende Zerstörung kultureller Substanz. Kritisiert wird von den AfD-Fraktionen aber auch die Ausgrenzung russischer Künstler vom Kulturbetrieb.

„Schlimm!“, meint dazu die kulturpolitische Sprecherin der AfD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner. „Kunst und Kultur sind geeignet, Brücken zwischen den Völkern zu bauen, und sollten in Zeiten des Krieges einen besonderen Schutzraum bilden. Im Übrigen dürfen wir nicht vergessen, dass wir auch nach diesem Krieg auf dem gemeinsamen Kontinent Europa einen Modus Vivendi mit Russland finden müssen“, so Schneider-Gärtner weiter.

INFLATION AUF REKORDHOCH

Die Zahlen sind erschreckend: Wie das Statistische Bundesamt im Mai mitgeteilt hat, ist die Inflationsrate auf 7,4 Prozent gestiegen. Ein Ende des starken Preisauftriebs ist noch nicht in Sicht. Eine Umfrage des Münchner Ifo-Instituts ergab, dass so viele Unternehmen wie noch nie in den kommenden drei Monaten ihre Preise erhöhen wollen.

Eine nachhaltige Entlastung für die Bürger und den Mittelstand ist bisher noch nicht in Sicht. Eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer, die Anhebung des Grundfreibetrages, das Wegfallen der Grunderwerbsteuer für Familien, und die Abschaffung der EEG-Umlage und der CO2-Steuer sieht der finanzpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Martin Schmidt, als Möglichkeiten der Entlastung. „Stattdessen verteilt die Ampel Almosen und erschafft Bürokratiemonster“, kritisiert Schmidt.

Auch Schmidt nimmt an, dass sich die Lage weiter verschärft. „Die Preistreiber müssen gestoppt werden! Die Steuersenkungen müssen deswegen über den Sommer hinausgehen und über die Dauer der Krise Bestand haben“, so Schmidt. Ein Antrag der AfD zu Steuersenkungen auf Kraftstoffe hat die Regierungskoalition im Landtag allerdings jüngst abgelehnt.

SCHADET DAS NEUN-EURO-TICKET MEHR ALS NUTZT?

Das 9-Euro-Ticket soll ein vom 1. Juni bis zum 31. August 2022 befristetes Sonderangebot im öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland werden.

Laut Bundesverkehrsministerium gilt das Ticket deutschlandweit in Bussen und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr. Ausgenommen seien der Fernverkehr der Deutschen Bahn, also zum Beispiel ICE, IC, EC sowie die Flix-Züge und Busse. Das stellt Urlaubsregionen wie Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Das Bundesland hat in der Urlaubssaison ohnehin schon unter überfüllten Zügen zu leiden.

Nun ist es also möglich, für 9 Euro von den Ballungsräumen Hamburg oder Berlin aus mal schnell an die Küste zu fahren. Zusätzliche Regionalzüge sind aber nicht eingeplant.

„Die Einführung des 9-Euro-Tickets würde die grundsätzliche Problematik der Überlastung in der Hochsaison im hiesigen Regionalverkehr noch offensichtlicher machen. Abseits von Ticketpreisen muss sich die Landesregierung die Frage stellen, wie sie die Belastung der Strecken zu den Touristenhochburgen entspannen will“, kritisiert der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Stephan Reuken.

Langfristig kämee man um saisonverlängernde Maßnahmen, effektivere Taktfrequenzen und einen generellen Ausbau der Infrastruktur nicht herum.

KANN DIE KLIMANEUTRALE LANDESVERWALTUNG GELINGEN?

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hat sich das Ziel gesetzt, dass die Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral werden soll.

Entscheidend für den Erfolg dieses Vorhabens sind laut Finanzminister Heiko Geue (SPD) vor allem klimaneutrale Landesgebäude. „Niemand braucht eine Ankündigungs-Regierung, die nicht das liefert, was sie verspricht“, kommentiert Thore Stein, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion, das Vorhaben der Regierung.

Seine Zweifel scheinen nicht unberechtigt: Klimaneutrale Gebäude setzen eine Beheizung durch erneuerbare Energien voraus. Stein stellte eine Kleine Anfrage an die Landesregierung. In seiner Antwort musste das Finanzministerium eingestehen, dass derzeit nur rund zwei Prozent der landeseigenen Gebäude mit erneuerbaren Energien beheizt werden.

„Wie soll in Anbetracht von explodierenden Baukosten und Fachkräftemangel in der Kürze der Zeit hier eine nennenswerte Steigerung erfolgen?“, fragt sich Thore Stein.

„Die Landesregierung scheint viel heiße Luft um die Sache zu machen, für eine nachhaltige Wärmeversorgung dürfte das aber nicht ausreichen. Wir werden die Ankündigungen auch weiterhin kritisch hinterfragen und die Umsetzung einer stetigen Überprüfung unterziehen“, kündigte Stein an.

UKRAINISCHE KINDER NACH UKRAINISCHEN LEHRPLÄNEN UNTERRICHTEN

Die ukrainische Generalkonsulin Hamburgs, Iryna Tublinka, möchte, dass geflüchtete ukrainische Kinder in den jeweiligen Gastländern weiterhin im ukrainischen Bildungssystem unterrichtet werden. Sie begründete ihre Forderung mit der herausragenden Bedeutung von Bildung und Kultur für die Identität eines Landes, das um seine Existenz kämpft.

Das sieht der AfD-Landtagsabgeordnete und rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Horst Förster, ganz ähnlich. „Es geht ihnen um Identitätswahrung und darum, dass die Kinder dem eigenen Land nicht entfremdet werden. Nur sind Begriffe wie nationale und kulturelle Identität in Deutschland zu Fremdwörtern geworden. Linke und Grüne können damit gar nichts anfangen“, meint Förster.
Die meisten Geflüchteten möchten, so Förster, nach dem Krieg wieder in ihre Heimat zurückkehren. „Nur wenn die Beschulung der ukrainischen Kinder nach ukrainischen Lehrplänen und möglichst von ukrainischen Lehrkräften in eigenen Lerngruppen erfolgt, ist gewährleistet, dass die Bildungskontinuität gewahrt bleibt und keine Bildungslücken entstehen“, so

Förster weiter. Er forderte die Landesregierung auf, dies bei den Planungen zu bedenken und die Kinder ihrer Heimat nicht zu entfremden.

LANDWIRTE FÜHLEN SICH ALLEIN GELASSEN: GAP-RICHTLINIEN NOCH IMMER NICHT RECHTSVERBINDLICH

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union sorgt immer wieder mal für Unmut bei deutschen Landwirten. Regelmäßig werden von der EU-Richtlinien erlassen, die jedoch in den einzelnen Mitgliedsstaaten stark voneinander abweichen. So hat ein französischer Landwirt teilweise niedrigere Anforderungen zu erfüllen als ein deutscher Landwirt – und bekommt am Ende dann sogar noch höhere Förderungen.

Und nun das: Viele Landwirte gehen im Juni und Juli in die Anbauplanung für das kommende Jahr. Die dann geltenden GAP-Richtlinien sind aber noch immer nicht rechtsverbindlich in Kraft getreten. Diese Ungewissheit birgt natürlich die Gefahr von Fehlplanungen mit einem damit einhergehenden finanziellen Risiko. „Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass die Landwirte bis heute noch keine Planungssicherheit bezüglich der neuen Fördermittel ab 2023 haben“, meint auch der agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Schweriner Landtag, Jens Schulze-Wiehenbrauk.

Schulze-Wiehenbrauk sieht dabei auch die Landesregierung in der Pflicht. „Ich fordere Minister Backhaus auf, sich hinter unsere Landwirte zu stellen und darauf hinzuwirken, dass die neuen GAP-Richtlinien endlich rechtskräftig werden. Es ist die ureigenste Aufgabe des Landwirtschaftsministers, sich für die Belange der heimischen Betriebe einzusetzen“, so Schulze-Wiehenbrauk.

DIE OPPOSITION IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Opposition ist oft anderer Meinung als die Koalition und die Regierung. Sie schaut deshalb oft besonders genau hin, ob die Regierung gut arbeitet. Sie hat die Aufgabe, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Eine starke Opposition ist für die Demokratie wichtig.

Seit der Landtagswahl 2016 stellt die AfD die größte Oppositionsfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern – dies hat sich auch nach der Landtagswahl 2021 nicht geändert.Hier sehen Sie eine Übersicht der Mitglieder der AfD-Fraktion sowie ihrer jeweiligen fachpolitischen Schwerpunkte:

Nikolaus Kramer
Fraktionsvorsitzender

Nikolaus Kramer betreut die Wahlkreise 1, 35 und 36. Er ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion.

Thore Stein
Parlamentarischer Geschäftsführer

Thore Stein betreut die Wahlkreise 17, 19 und 31. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Forst-, Jagd, und Denkmalschutzpolitik.

Thomas de Jesus Fernandes
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Thomas de Jesus Fernandes betreut die Wahlkreise 20 und 21. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Sport, Soziales, Medien und Gesundheit.

Enrico Schult
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Enrico Schult betreut die Wahlkreise 13 und 14. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion Bildungs- und Schulpolitik.

Jan-Phillip Tadsen
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Jan-Philip Tadsen betreut die Wahlkreise 16, 17 und 32. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Europa- und Migrationspolitik.

Horst Förster

Horst Förster betreut die Wahlkreise 2, 3 und 22. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Recht und Justiz.

Petra Federau

Petra Federau betreut die Wahlkreise 9 und 15. Sie ist fachpolitische Sprecherin der Fraktion für Energie-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Jens-Schulze-Wiehenbrauk

Jens-Schulze-Wiehenbrauk betreut die Wahlkreise 24 sowie 29. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Landwirtschaftspolitik.

Martin Schmidt

Martin Schmidt betreut die Wahlkreise 8, 17 und 18. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner

Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner betreut die Wahlkreise 26, 33 und 34. Sie ist fachpolitische Sprecherin der Fraktion für Kulturpolitik.

Paul-Joachim Timm

Paul-Joachim Timm betreut die Wahlkreise 11, 12, 23 und 25. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Hochschulpolitik, Fischerei, Verbraucherschutz und Tourismus.

Michael Meister

Michael Meister betreut die Wahlkreise 4, 5, 6 und 7. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Arbeitsmarktpolitik.

Jens-Holger Schneider

Jens-Holger Schneider betreut die Wahlkreise 10, 27 und 28. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Kommunalpolitik, Digitalisierung, Religion und Tierschutz.

Stephan J. Reuken

Stephan J. Reuken betreut den Wahlkreis 30. Er ist fachpolitischer Sprecher der Fraktion für Wohnung, Bau, Infrastruktur und Verkehr.

IHR DIREKTER KONTAKT ZUM OPPOSITIONSFÜHRER IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Wahlkreisbüros

Nikolaus Kramer
Breite Straße 23,
17358 Torgelow
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834-7773690
http://nikolauskramer.de

Thore Stein
Lange Straße 20,
19370 Parchim
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
www.thore-stein.de

Thomas de Jesus Fernandes
Rosa-Luxemburg-Str. 16a,
17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 - 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

Enrico Schult
Treptower Straße 26,
17109 Demmin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
0162/2667365

Jan-Phillip Tadsen
Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
03847-5459946
ww.jan-phillip-tadsen.de

Petra Federau
Friedrichstraße 14,
19053 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385-55587370
www.petra-federau.com

Horst Förster
Neustrelitzer Straße 70g,
Neubrandenburg
buero-foerster@outlook.de

Jens-Schulze Wiehenbrauk
Am Mühlentor 1,
17489 Greifswald
03834-7773690

Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner
Gingster Chausee 6
18528 Bergen
eva-maria.schneider-gaertner@afd-fraktion-mv.de

Paul-Joachim Timm
Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
www.paultimm-afd.de
0385 525 1772

Michael Meister
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
0385-5251715

Jens-Holger Schneider
Dankwartstraße 57,
23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841-2452765

Stephan J. Reuken
Lilienthal-Center Markt 7,
17389 Anklam
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
039718789951

Martin Schmidt
Ziegeleiweg 17 , 19057 Schwerin
Lange Straße 108, 19230 Hagenow
0385-4883997
kontakt@martin-schmidt.net
www.martin-schmidt.net

IHR KONTAKT ZUR FRAKTION

Lennéstraße 1 (Schloss) 19053 Schwerin
0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de

Auf Facebook: AfDFraktionMV | Auf Instagram: afdfraktion_mv
Auf Twitter: @AfDFraktion_MV
www.afd-fraktion-mv.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum: AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Die größte Oppositionspartei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern lädt zum großen Bürgerfest nach Schwerin ein.

Die Parteiführung gab bekannt, dass die Abgeordneten bei Grillwurst und kühlen Getränken den Bürgern Frage und Antwort stehen werden.

Eine gute Gelegenheit, die Abgeordneten der AfD-Fraktion einmal persönlich kennen zu lernen.

PLENARSITZUNG IM JUNI

Im Juni tagt wieder der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. So kommen vom 29.06 bis 01.07. die Abgeordneten aller Fraktionen in Schwerin zusammen. Auch die AfD-Fraktion hat angekündigt, wieder zahlreiche Anträge und Initiativen in den Landtag einzubringen.
Haben sie gewusst, dass sie die Debatten im Landtag live verfolgen können? Hierfür steht im Landtag eine Besuchertribüne bereit!

SOMMERTOUR DER AFD

Auch in diesem Sommer will die AfD-Fraktion wieder in der Fläche des Landes unterwegs sein. Von Boizenburg bis nach Penkun werden verschiedene Veranstaltungsformate angeboten. Dabei reisen die Parlamentarier mit ihrem Fraktionsbus von Ort zu Ort und präsentieren die Arbeit im Landtag. Aber auch die Unterhaltung soll nicht zu kurz kommen. Uns erwartet ein buntes Veranstaltungsportfolio – Fachvorträge, Bürgerdialoge, Grillen und Diskussionsrunden.